

Antrag IA1: „Sozialkahlschlag stoppen – zivilgesellschaftliche Strukturen sichern!“

Antragsteller*in:	Landesvorstand, LAG Linke Frauen, Stefan Wollenberg (M · KV Potsdam), Katharina Slanina (W · KV Prignitz), Isabelle Vandré (W · KV Potsdam), Candy Boldt-Händel (M · LAG), Kevin Herenz (M · solid), Anja Günther (W · LAG), Iris Burdinski (W · KV Potsdam), Ida Wiesigstrauch (W · KV Potsdam), Lena Herenz (W · solid), Petra Perscheid (W · KV Potsdam), Marek Lipp (M · solid), Tobias Woelki (M · KV Potsdam), Sibylle Wallat-Schwarz (W · KV Havelland), Tina Lange (W · KV Potsdam), Anne-Frieda Reinke (W · KV Uckermark), Gabriele Brandt (W · LAG), Svenja Gross-Lattwein
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Regierungen in Bund und Land gefährden mit ihrem Agieren zentrale
- 2 Säulen von Sozialstaat und Zivilgesellschaft – durch Kürzungen oder Nicht-
- 3 Handeln. Das trifft auf unseren entschiedenen Widerstand! Diese Kürzungen
- 4 haben erhebliche geschlechterbezogene Folgen. Besonders betroffen sind
- 5 Frauen, Alleinerziehende – überwiegend Mütter –, LSBTIQ-Personen, Menschen
- 6 mit Behinderungen sowie ältere Frauen, die bereits heute strukturell
- 7 benachteiligt sind.
- 8 Seit 2009 leistet die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg (ADB) der
- 9 Opferperspektive e.V. als einzige Anlaufstelle im Land professionelle und
- 10 verlässliche Unterstützung für Betroffene. Seit 2023 berät sie zu allen
- 11 Diskriminierungsmerkmalen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz
- 12 (AGG). Mit den Kürzungen im Bundeshaushalt steht die Beratung für
- 13 Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, einer
- 14 Behinderung oder chronischen Krankheit, ihres Alters oder ihrer Religion
- 15 oder Weltanschauung benachteiligt werden, vor dem Aus. Das muss verhindert
- 16 werden! Antidiskriminierungsarbeit ist gelebte Demokratie und ein Wegfall
- 17 dieser Arbeit wäre ein Rückschritt für das gesamte Land.
- 18 Gleichstellungspolitische Beratungsstrukturen sind grundlegende Bausteine
- 19 einer demokratischen Gesellschaft und dürfen nicht nach Kassenlage
- 20 gefährdet werden.
- 21 **Wir fordern jetzt ein klares Signal der Landesregierung für die**
- 22 **langfristige finanzielle Absicherung der Allgemeinen**
- 23 **Antidiskriminierungsberatung!**

Trotz vorhandener Haushaltsmittel fehlen noch immer langfristige Förderzusagen für die Arbeit des Frauenpolitischen Rates, der Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention und der Kontakt- und Koordinierungsstelle für Mädchen*arbeit in Brandenburg (KuKM*A). Zentrale Säulen der frauen- und gleichstellungspolitischen Arbeit in Brandenburg werden damit fahrlässig gefährdet – weil die Landesregierung nicht handelt! Gerade in Zeiten, in denen Frauenhäuser überlastet sind, geschlechtsspezifische Gewalt zunimmt, Alleinerziehende weiter unter Druck stehen und antifeministische Bewegungen stärker werden, ist eine Schwächung dieser wichtigen Institution politisch unverantwortlich. Ein Wegfall oder eine Schwächung dieser Infrastruktur wäre ein direkter Rückschritt in der Umsetzung der Istanbul-Konvention und in der Gewaltprävention für Frauen und Mädchen. Wer in dieser Lage ausgerechnet bei gleichstellungspolitischen Strukturen spart, sendet das falsche Signal – an Frauen, an Familien und an die gesamte demokratische Zivilgesellschaft.

Auch die Förderung des queeren Bildungsprojektes „Schule unterm Regenbogen“, das seit 30 Jahren in Brandenburg etabliert ist, soll 2026 endgültig eingestellt werden. Damit stünde kindgerechte Aufklärungsarbeit an den Schulen vor dem aus. Zu einem Zeitpunkt, an dem sich die queere Community immer radikaleren Angriffen ausgesetzt sieht.

Wir fordern die Landesregierung auf, ausstehende Förderzusagen unverzüglich vorzulegen, Kürzungen zurückzunehmen und langfristige Planungssicherheit für die frauenpolitischen Netzwerke und queere Bildungsarbeit zu schaffen!

Das Netzwerk der Selbsthilfegruppen für Eltern suchtkranker Kinder und Jugendlicher wird seit fast 20 Jahren ehrenamtlich von den Elternkreisen Berlin-Brandenburg e.V. (EKBB) organisiert. Bisher erhielten sie dafür die geradezu lächerliche Förderung von 6.800,- jährlich - nicht einmal die Hälfte der Monatsbezüge einer brandenburgischen Ministerin. Nun soll auch diese Förderung noch gestrichen werden. Ein Netzwerk aus 5 Selbsthilfegruppen, Online-Angeboten und individueller Beratung für Familien in extremen Notsituationen stünde damit vor dem Aus.

Auch beim Verband alleinerziehender Mütter und Väter nimmt das Ministerium Einschnitte vor. Die Kürzungen führen zur Schließung der Beratungsstelle in Brandenburg/Havel. Das ist ein unglaublicher Skandal! Die Landesregierung sollte sich stattdessen ein Beispiel daran nehmen, wieviel mit wenig Geld geleistet werden kann. Der Abbau solcher niedrigschwelliger

Unterstützungsangebote trifft insbesondere Frauen, die weiterhin den größten Teil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit übernehmen. Gerade Alleinerziehende – überwiegend Frauen – sind auf diese Hilfen angewiesen. Der Erhalt dieser Angebote ist damit zugleich eine zentrale Voraussetzung für mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Wir fordern die Landesregierung auf, die geplante Kürzung sofort zurückzunehmen und die Arbeit der Selbsthilfe-Netzwerke in Brandenburg langfristig abzusichern!

Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen durch Steuermindereinnahmen und reduzierten Schlüsselzuweisungen wird zu einer gravierenden Gefährdung der sozialen Infrastruktur vor Ort. Die einseitige Aufgabenübertragung vom Land auf die Kommunen ohne gleichzeitige Bereitstellung der erforderlichen Mittel - wie zum Beispiel bei der Sozialarbeit an Schulen, verschärft die Probleme. Die aktuellen massiven Kürzungen bei Kultur, Sport und Jugendarbeit treffen das gesellschaftliche Leben im Kern und gefährden den Zusammenhalt in unseren Städten und Dörfern. Kulturangebote, Sportvereine und Jugend- und Sozialprojekte sind keine freiwilligen Luxusgüter, sondern essenzielle Säulen eines solidarischen Gemeinwesens. Viele dieser Angebote haben eine klare Genderdimension. Sozialarbeit an Schulen bietet Mädchen und jungen Frauen Schutz vor Gewalt, digitalem Mobbing und sexualisierter Belästigung. Kultur- und Jugendprojekte bieten jungen Frauen, queeren Jugendlichen und nicht-binären Menschen Räume für Empowerment und Selbstwirksamkeit. Der Abbau kommunaler Infrastruktur gefährdet somit auch die Gleichstellungsarbeit vor Ort. Wir fordern die Landesregierung auf, die Kommunen endlich finanziell so auszustatten, dass sie diese ihre Aufgaben verlässlich erfüllen können.

Mit ihrer Kürzungspolitik lassen Landes- und Bundesregierung weitere Angriffe auf unsere Demokratie nicht nur zu, sie begünstigen sie aktiv! Die Auflösung des sozialen Netzes, das Wegsparen zivilgesellschaftlicher Strukturen zerstört Vertrauen in Staat und Politik, es untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer die Demokratie retten will, muss Menschen Sicherheit und Perspektive geben. Demokratische Teilhabe setzt immer auch Geschlechtergerechtigkeit voraus. Ohne stabile feministische, queere und gleichstellungspolitische Strukturen bleibt Demokratie unvollständig und verletzlich.

Wir fordern: Schluss mit dem Sozialkahlschlag! Gleichstellung und ein funktionierendes Netz sozialer Hilfen sind Grundpfeiler der Demokratie!

- 100 **Unsere soziale Infrastruktur und die Vielfalt der zivilgesellschaftlichen**
101 **Netzwerke für Frauen-, Queer- und Gleichstellungspolitik, in der**
102 **Selbsthilfe und in der Demokratiearbeit müssen langfristig und verlässlich**
103 **gesichert werden!**